



13.03.2011: Die Nachrichten aus Japan sind widersprüchlich und nach wie vor Besorgnis erregend. Noch ist das ganze Ausmaß der Lage nicht bekannt. Wir fühlen uns verbunden mit den Menschen in den betroffenen Regionen, die infolge des schweren Erdbebens und des folgenden Tsunamis ihre Angehörigen verloren haben und sich jetzt um ihre Zukunft und die ihrer Kinder sorgen.

Wir können uns hierzulande dabei wohl kaum die Bedrohung vorstellen, die sich derzeit zudem aus der nuklearen Katastrophe in der Region ergibt: Im Kraftwerk Fukushima Eins (Daiichi), das 240 km nördlich des Großraums Tokio liegt, in dem etwa 30 Millionen Menschen leben, fielen infolge des großen Erdbebens und des nachfolgenden Tsunamis vom 11. März die Kühlsysteme bei mindestens drei der vier Reaktoren aus. Aus dem wenige Kilometer entfernten Kraftwerk Fukushima Zwei (Daini) wurden am Sonntag Störungen des Kühlsystems gemeldet. Auch in anderen Kraftwerken nahe der Hauptstadt Tokio gab es zu mindest zeitweise Störungen, obgleich all diese Kraftwerke angeblich absolut erdbebensicher und gegen Störungen gut geschützt sind. Die mittlerweile außerhalb der Anlage des Kraftwerks Fukushima Eins gemessenen Strahlungswerte sind laut Expertenaussagen nur erklärbar, wenn es dort zuvor zumindest in einem Reaktor eine Kernschmelze gegeben hat.

Verlässliche Einschätzungen und Prognosen gab es am Sonntag jedoch noch nicht. Ein "Super-Gau", d. h. die volle Freisetzung der gesamten Radioaktivität eines Reaktors, hatte

offenbar noch nicht stattgefunden, konnte zu diesem Zeitpunkt aber durch Experten nicht ausgeschlossen werden. Die Folgen für Mensch und Natur sind derzeit in keiner Weise absehbar.

Eine Tragödie spielt sich ab, die letztlich weitaus größere Ausmaße annehmen kann als jene von Tschernobyl vor etwa 25 Jahren. Wieder einmal, obgleich die technischen Parameter, konkreten Abläufe und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht mit jenen in Tschernobyl vergleichbar sind, wurden durch die Betreiber Gefahren unterschätzt und wurden durch Betreiber wie Politik nicht akzeptierbare Risiken eingegangen. Dabei ist wohl nebensächlich, wie alt das Kraftwerk Fukushima Eins mittlerweile ist. Jahrzehntlang hat man offenbar - vor allem aus Profitgründen - in Japan den Menschen erklärt, dass es keine Alternativen zur angeblich "völlig sicheren" Kernenergiegewinnung gibt.

Gegen eine solche Politik haben sich auch in unserem Land in den letzten Jahrzehnten Hunderttausende Menschen engagiert. Wie berechtigt dieses Engagement war und ist, zeigt sich in der gegenwärtigen Situation.

Im August 2010 standen mehr als 100 000 Menschen in Schleswig-Holstein in einer Menschenkette, jetzt am Samstag in Baden-Württemberg mehr als 60 000. Im September 2010 demonstrierten in Berlin mehr als 100 000 Menschen gegen den Deal der Bundesregierung mit den großen Stromkonzernen zur Verlängerung der Laufzeit der AKWs. Der Widerstand kommt mittlerweile aus allen Schichten der Gesellschaft. Menschen sehr unterschiedlicher Herkunft und politischer Überzeugung treten heute gegen die von der Bundesregierung mit den Energiekonzernen ausgehandelten längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke und für einen schnelleren Ausstieg aus der gefährlichen Atomenergie ein. Die DKP hat in diesem Zusammenhang mehrfach darauf verwiesen, dass mit der Atom-Politik der Bundesregierung die tatsächlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse im Land deutlich werden.

Angesichts der gegenwärtigen Tragödie bekräftigen wir unsere Forderung: Atomkraftwerke müssen auch in der Bundesrepublik Deutschland sofort abgeschaltet werden! Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung ist nötig. Die Risiken sind - wie sich nun wieder konkret zeigt - nicht beherrschbar. Es gibt - anders als es Frau Merkel in diesen Tagen wieder einmal behauptete - keine sichere Technologie zur Gewinnung von Atomenergie!

Ein Ausstieg aus der Kernenergiegewinnung wird aus unserer Sicht jedoch nicht gelingen, wenn nicht die Macht der Stromkonzerne gebrochen wird und sie in öffentliches Eigentum bei

demokratischer Kontrolle überführt werden!

Bettina Jürgensen, Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)